

Die entscheidende Rolle des GATT für die Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik

Autor(en): **Sciarini, Pascal**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie = Économie et sociologie rurales [1980-2007]**

Band (Jahr): - **(1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-966354>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die entscheidende Rolle des GATT für die Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik¹

Pascal Sciarini

1 Ausgangslage

Die schweizerische Agrarpolitik steht vor einem bedeutenden Wandel. Mit dem 7. Landwirtschaftsbericht von 1992 (BUNDESRAT 1992) ins Programm aufgenommen, wird sich nun die Reform der Landwirtschaftspolitik mit der Umsetzung der zweiten Etappe der Reform, der Agrarpolitik 2002 (BUNDESRAT 1992), noch beschleunigen. Bis zu diesem Zeitpunkt und unter der Voraussetzung, dass die Reform gemäss den Wünschen der Bundesbehörden umgesetzt wird, wird die Schweiz definitiv das landwirtschaftliche Regulierungsmodell aufgegeben haben, welches sie nach dem zweiten Weltkrieg angenommen hat. Wie lassen sich diese schnellen und tiefgreifenden Veränderungen in einem Politikbereich erklären, der sich bis anhin durch grosse Trägheit auszeichnete? Das Ziel dieses Artikels ist es, zu zeigen, dass internationale Faktoren - genauer die Agrarverhandlungen im Rahmen der GATT-Uruguay-Runde - die zentrale Rolle beim Auslösen der Reformen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik gespielt haben.

In einem ersten Abschnitt werden die internen politischen Netzwerke charakterisiert, die bis anhin für die Ausarbeitung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik verantwortlich waren. Im Zentrum des Artikels steht die Analyse der Rolle, welche die GATT-Uruguay-Runde für die Reformen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik gespielt hat.

¹ Dieser Artikel stellt zusammenfassend einige Forschungsergebnisse dar, welche ich im Rahmen meiner Dissertation (SCIARINI 1994) erarbeitet habe. Für weitere Ausführungen siehe auch SCIARINI (1995 und 1996) sowie SCIARINI und VON HOLZEN (1995).

Dieser Abschnitt beginnt mit einer Übersicht über die ersten Verhandlungsjahre im Agrarbereich. Anschliessend wird eine Analyse der Struktur und des Verhandlungsprozesses in der Schweiz dargestellt. Ich beschreibe darauf das Machtgefüge im Innern des Politiknetzwerkes, welches für die Formulierung der schweizerischen Position im Agrarbereich beim GATT zuständig war. Ich stütze mich dabei auf eine Umfrage bei den Entscheidungsträgern der Agrarpolitik, welche ich im August und September 1990 durchgeführt und mit Hilfe der Netzwerk-Analyse (KNOKE und KUKLINSKI 1982, SCOTT 1991) ausgewertet habe. Diese formelle Analyse wird ergänzt durch eine qualitative Analyse des Prozesses der internen Verhandlungen. Dabei wird besonderes Gewicht gelegt auf die Periode, die der Niederlegung der schweizerischen Offerte im Oktober 1990 - Wendepunkt im Prozess - vorausging. Dabei möchte ich besonders den Einfluss der veränderten internen Machtbeziehungen, wie sie durch die internationalen Verhandlungen ausgelöst wurden, auf das Auslösen der Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik hervorheben. In einem abschliessenden Teil werde ich nochmals die wichtigsten Resultate in Erinnerung rufen und sie in einen Zusammenhang mit der - sehr aktuellen - Debatte um die Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik stellen.

2. 1950 - 1985: Die Dominanz der Agrarlobby

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und bis Mitte der 80er Jahre, war die schweizerische Landwirtschaftspolitik charakterisiert durch sehr beschränkte Fähigkeiten zu Reformen. Dies erklärt sich durch das Machtgefüge, welches zu dieser Zeit im Innern des "Netzwerkes"² der Agrarpolitik bestand, besonders durch die Macht und den Einfluss der Agrarverbände. Der Staat war in verschiedener Hinsicht abhängig von den landwirtschaftlichen Interessenverbänden, mit welchen er enge Beziehungen unterhielt: erstens war der Staat auf die landwirtschaftlichen Interessenverbänden angewiesen bezüglich technischer, fachlicher und statistischer Informationen; zweitens war sein Handlungsspielraum beschränkt durch die

² Im weiteren Sinne kann ein "Politik-Netzwerk" definiert werden mit allen Formen von Beziehungen zwischen öffentlichen Akteuren (Exekutive, Verwaltung etc.) und privaten (Interessengruppen, Parteien etc.) in einem Prozess der Formulierung oder Umsetzung einer öffentlichen Politik.

Institutionen der direkten Demokratie, welche der Agrarlobby eine beachtliche Macht zugestanden (HALBHERR und MÜDESPACHER 1985: 28-30); diese verfügte zudem über solide Verstärkung im Parlament (RÜEGG 1987: 21); endlich war der Staat auch von den privaten und parastaatlichen Akteuren bei der Umsetzung der Landwirtschaftspolitik abhängig (JÖRIN und RIEDER 1985, LINDER 1987: 111-127).

Auf der Seite der landwirtschaftlichen Verbände muss die beachtliche Macht der Landesorganisation der landwirtschaftlichen Produzenten - des Schweizerischen Bauernverbandes SBV - hervorgehoben werden: stark strukturiert, sehr gut organisiert und Inhaber eines weitgehenden Monopols zur Vertretung bäuerlicher Interessen. Auf der Ebene der Ideologie hat die strategische Bedeutung, welche der Landwirtschaftspolitik namentlich im Bereich der Ernährungssicherung als Pfeiler der Neutralitätspolitik und der Unabhängigkeit des Landes zugebilligt wurde, die Fortsetzung einer interventionistischen und protektionistischen Landwirtschaftspolitik erlaubt.

Unter diesen Umständen lässt sich besser verstehen, dass das politische System in der Schweiz im Bereich Landwirtschaft lange wenig Fähigkeiten zu Reformen zeigte (HALBHERR und MÜDESPACHER 1985, RÜEGG 1987); dies trotz der Probleme, die sich aus dieser Politik ergaben (hohes Preisniveau, hohe Budgetbelastung, Überschüsse, Einkommensdisparitäten, Beeinträchtigung der Umwelt). Diejenigen Akteure, welche von der damaligen Landwirtschaftspolitik auf verschiedenen Märkten profitierten - die grossen Produzenten aufgrund der Einkommenssicherung über gestützte Preise, aber auch Importeure und Verarbeiter über verschiedene Kompensationszahlungen zum Interessenausgleich - haben lange über genügend Macht verfügt, um Reformvorschläge abzublocken, welche zu einer Verminderung ihrer Gewinne geführt hätten.³ Die Konsumenten und Steuerzahler - schwierig zu organisieren und einer "Steuerillusion" unterlegen, welche mit der Hochpreispolitik einherging - und die kleinen Produzenten waren die hauptsächlichen Opfer dieser Politik.

³ Siehe insbesondere das Festhalten der grossen Produzenten am System der Preis- und Absatzgarantie und ihre anhaltende Opposition gegen den Ausbau von Transferzahlungen, welche an Produktionsfaktoren gebunden sind.

3. Die schweizerische Agrarpolitik vor der Probe des GATT

Schon bei Beginn der Uruguay-Runde 1986 in Punta del Este wurde offensichtlich, dass die Schweiz ein grundlegendes Interesse am Erfolg der Verhandlungen in allen Bereichen ausser der Landwirtschaft hatte.⁴ In aller Logik wollte sie sich aktiv für eine Verstärkung und Ausweitung der bestehenden Regeln im Welthandel einsetzen (SOMMARUGA 1986:21). Daher hat sie von Anfang an in den meisten Dossiers eine äusserst offensive Haltung eingenommen. Unglücklicherweise für die Schweiz war es ausgerechnet die Landwirtschaft, welche sehr schnell zum Eckstein der Uruguay-Runde werden sollte. Über Monate war die Uruguay-Runde blockiert durch den Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union in der Agrarfrage (DUPONT und SCIARINI 1995): es wurde schnell klar, dass ein Misserfolg im landwirtschaftlichen Bereich ein Platzen der gesamten Verhandlungsrunde zur Folge hätte. Im Bereich Landwirtschaft war es das erklärte Ziel, die Disziplinlosigkeit der nationalen Akteure zu vermindern und den internationalen Handel mit Agrargütern zu verbessern. Die Verhandlungen drehten sich zunehmend um zwei grosse Fragen: die Öffnung der Märkte und die Konkurrenzbedingungen. Die drei Bereiche der Agrarstützung und der Protektion - Importbeschränkungen, interne Stützung und Exportsubventionen - lagen also auf dem Verhandlungstisch, ebenso die sanitären und phytosanitären Regelungen.

Im Dezember 1987 legten die Vereinigten Staaten ihr erstes Verhandlungsangebot vor, die berühmte "Null-Option", welche in einem Zeitraum von zehn Jahren den Abbau aller Importbeschränkungen und aller handelsverzerrenden Subventionen an die Landwirtschaft vorsah.

⁴ Man braucht sich nur in Erinnerung zu rufen, dass der Wohlstand der Schweiz in hohem Masse von den Aussenhandelsbeziehungen abhängt. Insbesondere schlossen diese Verhandlungen zum ersten Mal auch den Handel mit Dienstleistungen ein, dem Schlüsselsektor der schweizerischen Volkswirtschaft (60% des Brutto-Inlandproduktes). Dazu kommt, dass die Schweiz als kleines Land viel stärker an einer verlässlichen Welthandelsordnung interessiert ist, die allein eine schweizerische Präsenz und die Unabhängigkeit auf den internationalen Märkten sichern kann und eine Abschirmung gegen Tendenzen zum Protektionsmus, Regionalismus und Bilateralismus bedeutet. Schliesslich wurde ein Erfolg der Uruguay-Runde als nötiges "Auffangkissen" betrachtet für ein allfälliges Abseitsstehen der Schweiz vom Gemeinsamen Europäischen Markt.

Die Cairns-Gruppe⁵ war die einzige, welche diesen drakonischen Vorschlag aufnahm. Erklärte Zielscheibe der Vereinigten Staaten und der Cairns-Gruppe war die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU und dabei insbesondere die Exporterstattungen. Der Graben, der sich zu Beginn der Verhandlungen zwischen der amerikanischen und der europäischen Position auftat, war schwindelerregend tief. Mehrmals hat die Blockade im Agrardossier den Abschluss der gesamten Verhandlungsrunde gefährdet.

Die schweizerische Landwirtschaftspolitik kam gleich zu Beginn unter hohem Druck. Es schien eigentlich klar, dass Teilnehmer von der Grösse der Schweiz sich nur einem allfälligen landwirtschaftlichen Abkommen zwischen den wichtigsten Verhandlungspartnern beugen konnten. Nicht nur das Sonderstatut der Schweiz im Bereich Importschutz (Protokoll zum GATT-Beitritt von 1966) war in Frage gestellt, sondern auch die interne Stützung. Die Schweiz stand also vor einer neuen Situation, in der die Mittel zur Verteidigung fehlten; sowohl die Instrumente der schweizerischen Landwirtschaftspolitik als auch die Höhe der Protektion und der Stützung waren in Frage gestellt.

Die Antwort der Schweiz auf diesen äusseren Druck war bestimmt durch das Kräfteverhältnis, welches im Innern vorherrschte. Dies soll in den nächsten Abschnitten detailliert dargelegt werden.

3.1 Die Struktur des internen Politik-Netzwerkes

a) Die Verteilung der Macht

Am Anfang einer Netzwerk-Analyse, angewendet auf eine öffentliche Politik, steht üblicherweise die Abgrenzung des Systems und die Identifikation der Machtstruktur. Zusammen mit der Analyse der Positionen und Entscheidungen zur Abgrenzung des Systems, hat der reputationelle Ansatz auch zur Identifikation der Machtverhältnisse im Innern des Netzwerkes gedient (SCIARINI 1994: 85-93). Das Prinzip des reputationellen Ansatzes besteht in der Identifikation der Akteure, welche als die mächtigsten in einem Politikbereich angesehen werden, mittels einer Umfrage.⁶

⁵ Name der australischen Stadt, in der 14 Agrarexportländer (Australien, Neuseeland, Kanada, Argentinien, Chile, Thailand und weitere) beschlossen, sich zu vereinen.

⁶ Für weitere Anwendungen dieses Ansatzes siehe insbesondere KRIESI (1980: 351f.), LAUMANN und KNOKE (1987: 163f.) und SCHNEIDER (1988: 165f.).

Die 40 Personen, welche ich in meiner Untersuchung befragt habe, mussten die jeweilige Macht von 68 Akteuren oder Vereinigungen in drei Fällen evaluieren: in der Landwirtschaftspolitik, in der Aussenwirtschaftspolitik und in der Festlegung der schweizerischen Position im Bereich Landwirtschaft beim GATT. Die Akteure wurden nach der Zahl der Punkte, die ihnen zugestanden wurden, eingeteilt. Die Prüfung der reputationellen Machtverteilung liefert eine erste Reihe von Hinweisen auf den Druck, der durch die GATT-Uruguay-Runde entstanden ist. Ich beschränke mich hier darauf, einige Resultate bezüglich der wichtigsten Akteure vorzustellen.

Tabelle 1: Die wichtigsten Akteure (Ergebnis der Umfrage, N=40)

	GATT Landwirtschaft	Landwirt- schaftspolitik	Aussen- wirtschafts- politik
1. Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI)	37	11	36
2. Schweizerischer Bauernverband (SBV)	31	37	13
3. Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)	28	37	3
4. Bundesrat	24	22	20
5. Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins	23	9	37
6. Schweizerische Delegation beim GATT	21	2	11
7. Arbeitsgruppe GATT-Landwirtschaft ("Piot" Kommission)	19	3	-3
8. Kontaktgruppe GATT	14	0	0
9. Arbeitsgruppe GATT-Landwirtschaft der Bundesverwaltung	14	0	-3

Tabelle 1 zeigt, dass die Machtverteilung, welche die Bestimmung der schweizerischen Position im Bereich Landwirtschaft beim GATT charakterisiert, entscheidend von derjenigen abweicht, welche traditionellerweise in der Landwirtschaftspolitik vorherrscht und in Richtung derjenigen in der Aussenwirtschaftspolitik tendiert. Auf der Basis des von KRIESI (1980: 316f.) festgelegten Kriteriums, d.h. die Bezeichnung durch mindestens die Hälfte der befragten Personen, wird der Kern im Bereich GATT-Landwirtschaft im Grunde durch zwei Paare von öffentlich-privaten Akteuren gebildet, die entscheidend sind in der Landwirtschaftspolitik (BLW und SBV) und in der Aussenwirtschafts-

politik (BAWI und der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins). Weitere wichtige Akteure sind der Bundesrat und die schweizerische Delegation beim GATT. Die Position des BAWI⁷ und des Vororts, zwei Akteure, die für ihre Freihandelsader bekannt sind, gibt eine Idee vom neuartigen Charakter der internen Konfiguration und dem Druck, der auf den landwirtschaftlichen Kreisen lastet. Zudem - auch wenn dies nicht direkt aus dieser unvollständigen Darstellung der Resultate hervorgeht - ist die Macht beim Dossier GATT-Landwirtschaft viel konzentrierter als bei der internen Landwirtschaftspolitik.⁸ Mit Ausnahme der Gruppierungen, welche explizit an den Verhandlungen der Uruguay-Runde beteiligt waren, wie die Arbeitsgruppe GATT-Landwirtschaft (die sogenannte "Kommission Piot"), die Arbeitsgruppe GATT-Landwirtschaft der Bundesverwaltung sowie die "Kontaktgruppe GATT"⁹, welche gewissermassen als Verstärker des Drucks zur Liberalisierung angesehen werden können, erscheinen alle anderen Akteure als zweitrangig oder unbedeutend. Dieses Phänomen der Machtkonzentration nützt ganz allgemein den staatlichen Akteuren¹⁰ und geht zulasten der privaten Akteure der Landwirtschaft, welche zudem unter der Rückstufung ihres traditionellen Verbündeten innerhalb der Verwaltung (BLW) leiden. Einige sehr wichtige Akteure (die sektoriellen Agrarverbände) in der internen Landwirtschaftspolitik scheinen ihren Einfluss im Zusammenhang mit dem GATT verloren zu haben. Dazu lässt sich sagen, dass die Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten insofern nicht völlig ohne Macht bezüglich der Position im GATT blieben, als ja ihr Dachverband, der SBV, einen guten Platz im Kern des Netzes

⁷Vom formellen Standpunkt aus könnte die eingeführte Unterscheidung der verschiedenen Akteure um das BAWI herum angefochten werden. In der Tat setzten sich die schweizerische Delegation beim GATT und die Arbeitsgruppe GATT-Landwirtschaft der Bundesverwaltung vorwiegend aus Beamten des BAWI zusammen. Die vorgelegte Spezifizierung hat zum Ziel, die Struktur der Macht und der Zusammenarbeit so genau als möglich zu identifizieren.

⁸ Diese Konzentration zeigt sich durch den ausgeprägten Sprung, der sich beobachten lässt, sobald man den Kernbereich verlässt. Sie wird bestätigt durch den Vergleich der Verteilung: Im Bereich GATT-Landwirtschaft vereinen das Fünftel der wichtigsten Akteure 83% der positiven Punkte, gegen 76% in der Aussenwirtschaftspolitik und nur 52% in der Landwirtschaftspolitik.

⁹ "Kleiner Bruder " der ständigen Wirtschaftsdelegation, aber auf einem mehr technischen Niveau. Diese Gruppe umfasst die wirtschaftlichen Dachorganisationen und die Bundesämter, um den Informationsfluss der Sozialpartner und Wirtschaftskreise über den Verlauf der Uruguay-Runde sicherzustellen.

¹⁰ In diesem Fall vereinen die staatlichen Akteure 57% aller Stimmen, gegen 35% in der Aussenwirtschaftspolitik und 22% in der Landwirtschaftspolitik.

innehat. Schliesslich erscheinen andere Akteure, die sowohl wenig Einfluss auf die Landwirtschaftspolitik als auch auf die Aussenwirtschaftspolitik haben, als völlig unbedeutend bezüglich des Agrardossiers beim GATT. Es handelt sich dabei um die politischen Parteien, um das Parlament, die Gewerkschaften und auch die Bürger / Wähler.

b) Das Netz der Zusammenarbeit

Die Analyse der reputationellen Machtverteilung gibt nur ein unvollständiges Bild der Struktur des politischen Netzwerkes. Diese Machtverteilung ist nicht zufallsbedingt, sondern gebunden an die Struktur eines Netzes von formeller und informeller Zusammenarbeit und Tauschverhältnissen, und abhängig von der Position der Akteure und Gruppen von Akteuren in dieser Struktur.¹¹ Nach meinem Konzept ist die Präsenz eines Akteurs in einem Prozess der Interessenkoordination um so unumgänglicher, je zentraler dieser Akteur in einem Netz positioniert ist und je mehr Informationskanäle und Ressourcen er kontrollieren kann; um so grösser ist auch seine Macht.

In meiner Umfrage mussten die von mir befragten Personen eine Aufstellung der Akteure machen, mit denen ihre Organisation oder ihr Amt "in enger Weise im Rahmen der landwirtschaftlichen Verhandlungen zusammengearbeitet hat". Diese klassische soziometrische Frage hat mir erlaubt, eine binäre Matrix der Zusammenarbeit zu erstellen, welche 28 Akteure¹² umfasst und welche mit Hilfe der Computerprogramme STRUCTURE (BURT 1992) und UCINET (BORGATTI, EVERETT und FREEMAN 1992) ausgewertet wurde. In der Netzwerkanalyse gibt es Kenngrössen, die sich auf das Netz als Ganzes (Dichte, Zentralisation), auf die Akteure im Netz (Zentralität, Prestige) oder auf Gruppen von Akteuren beziehen: eine "Position" eines

¹¹ Ich habe übrigens die Analyse der Struktur der Zusammenarbeit vervollständigt mit einer Analyse der Struktur der Tauschverhältnisse (von Ressourcen, Unterstützung und Zugeständnissen) und der Interessenkonflikte. Diese Erweiterung verbessert signifikant das Bild über das Netzwerk, die Akteure und die Beziehungen zwischen diesen, ohne jedoch das Gesamtbild stark zu verändern. Um mich kurz zu halten, verzichte ich in diesem Artikel auf die Darstellung der entsprechenden Resultate und verweise auf SCIARINI 1994: 223-238 und SCIARINI 1996.

¹² Unter den Akteuren, welche nicht an der Ausarbeitung der schweizerischen Position beim GATT im Bereich Landwirtschaft teilgenommen haben und deshalb auch nicht im Netz der Zusammenarbeit ersichtlich werden, wären zu nennen die SVP, die Kantone, die Gewerkschaften, die Konsumentenorganisationen, die parastaatlichen Organisationen und die parlamentarischen Instanzen.

Akteurs bezieht sich auf eine Gruppe von Akteuren, welche auf die gleiche Weise im System integriert sind, charakterisiert durch die Enge der Beziehungen, die sie untereinander unterhalten ("Clique") oder durch die Beziehungen, welche sie mit anderen Akteuren pflegen ("Strukturelle Äquivalenz" - man nennt Akteure "strukturell äquivalent", wenn das Profil der Beziehungen gleichartig ist und dies unabhängig davon, welcher Art diese Beziehungen zwischen ihnen sind).

In unserem Fall ist die Dichte des Netzes der Zusammenarbeit in Anbetracht seiner ziemlich beschränkten Grösse relativ schwach: 18% der Akteur-Paare können sich direkt erreichen, 48% der Akteur-Paare treffen sich über zwei Schritte. Die Schnittmenge der Informationen, die sich aus der Kohäsions-Analyse (Cliques) und der strukturellen Äquivalenz ziehen lassen, ermöglicht es, fünf Gruppen von Akteuren zu unterscheiden.

Eine erste Gruppe ist zusammengesetzt aus der Partei der Grünen und der Sozialdemokratischen Partei (SP), der Union des producteurs suisses (UPS), der Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern (VKMB) und dem WWF. Diese Akteure formen einerseits eine Clique (sie sind eng untereinander verflochten) und andererseits eine Position der strukturellen Äquivalenz (ihre Beziehungen untereinander haben das gleiche Profil). In Wirklichkeit leitet sich die zweite Charakteristik von der ersten ab: ihre strukturellen Äquivalenz rührt letztlich daher, dass wenn sie eng miteinander zusammenarbeiten, ihnen keine andere Position die Zusammenarbeit erwidern kann. Das Engagement dieser Akteure entwickelt sich in einem geschlossenen Rahmen und die ganze Gruppe kann als "peripher" qualifiziert werden. Eine zweite Gruppe von Akteuren, welche ich als "zweitrangige nicht-landwirtschaftliche" (COOP, Migros, Denner, FIAL (Fédération des Industries Alimentaires), VSIG (Verband der schweizerischen Importeure und Grosshändler) und der Gewerbeverband) bezeichnen will, befinden sich auf den ersten Blick in einer analogen Lage: sie gehören zur gleichen Clique und sind strukturell äquivalent. Im Unterschied zu den peripheren Akteuren sind diese "zweitrangigen nicht-landwirtschaftlichen" Akteure jedoch nicht völlig isoliert: sie haben eine enge Beziehung zum Vorort. Dieser erwidert nicht nur ihre Zusammenarbeit, sondern er arbeitet seinerseits eng mit anderen Positionen zusammen. Er ist insbesondere eng verbunden mit der zentralen Gruppe, welche sich aus dem BAWI, dem BLW und dem SBV zusammensetzt. Das BAWI, das BLW und der SBV bilden gleichzeitig eine Clique und eine Position der Äquivalenz, welche einen Hinweis gibt auf ihre zentrale Lage im Netz: Diese Position ist die einzige, welche

eng mit allen anderen Positionen verbunden ist; genauer gesagt erhält sie die Mitarbeit von allen anderen, ohne diese unbedingt zu erwidern. Eine vierte Gruppe setzt sich aus den anderen staatlichen Stellen zusammen (Bundesrat, Eidg. Getreideverwaltung, Eidg. Finanzverwaltung usw.). Schliesslich bilden die sektoriellen landwirtschaftlichen Vereinigungen (z.B. der ZVSM) eine fünfte Gruppe.

c) Änderungen im Machtgefüge

Unter dem Einfluss des Druckes, wie er durch die GATT-Verhandlungen entstanden ist, zeigt die Morphologie des Netzes, welchen mit der Ausarbeitung der Agrarofferte in der GATT-Uruguay-Runde beauftragt ist, wichtige Veränderungen gegenüber dem traditionellen Netz der internen Landwirtschaftspolitik. Erstens verstärkt allgemein gesagt die Verlagerung des Schwerpunktes von der nationalen auf die internationale Ebene die Position der staatlichen Akteure, der des BAWI im besonderen, und vermindert den Einfluss der privaten landwirtschaftlichen Akteure. Zweitens hat die verstärkte Interdependenz zwischen den Interessen der Landwirtschaft und der exportorientierten Wirtschaft zur Verstärkung dieser Kreise, vertreten durch den Vorort, beigetragen.¹³ Durch die Globalisierung und die Schlüsselrolle des Agrarbereichs für die gesamte Uruguay-Runde hatten die Diskussionen zwischen den internen Akteuren nun eine globale Dimension und waren nicht mehr länger beschränkt auf einen einzigen Sektor, wie das bis anhin im traditionellen internen landwirtschaftlichen Politik-Netzwerk der Fall war.

Diese Machtkonfiguration herrschte im politischen Netzwerk, welches für die Formulierung der schweizerischen landwirtschaftlichen Position beim GATT verantwortlich war, bis zum Ende des Sommers 1990. Welches sind nun die Charakteristiken der Entscheidungen, die von diesem Netzwerk zu erwarten waren? Auf der einen Seite liess die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Akteure, welche eine Liberalisierung der Landwirtschaft anstreben (BAWI, Vorort), eine grössere Flexibilität und eine gewisse Öffnung der Schweiz erwarten. Auf der anderen Seite konnten die privaten landwirtschaftlichen Akteure - SBV, und in gewissem Masse auch der ZVSM - und ihr öffentlicher Verstärker, das BLW, ihre zentrale Stellung in der Struktur

¹³Der Vorort ist nicht nur im Namen seiner Mitglieder, welche in die Landwirtschaftspolitik involviert sind, betroffen, sondern viel tiefgreifender als Dachorganisation des Handels und der Industrie.

der Zusammenarbeit und der Macht trotz ihrer Rückstufung gegenüber der Situation, wie sie traditionellerweise in der Landwirtschaftspolitik anzutreffen war, wahren. Viel hing letztlich von ihrer Bereitschaft zu Zugeständnissen und ihrer diesbezüglich entwickelten Strategie ab.

3.2 Der Prozess der internen Verhandlungen

a) Die Landwirtschaftlichen Kreise blocken ab

Die Position, welche die Schweiz während den ganzen vier ersten Jahren der Landwirtschaftsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde eingenommen hatte, zeigte gleichzeitig die Stärke des Drucks von aussen und die Ernsthaftigkeit der internen Spannungen. Im Schraubstock zwischen den Anforderungen der Verhandlungen und dem Widerstand der internen landwirtschaftlichen Kreise, suchten die schweizerischen Unterhändler in der ersten Phase (bis April 1989) Zuflucht zu einer sehr defensiven Haltung im landwirtschaftlichen Bereich.¹⁴ Aber diese Position, die jede Liberalisierung in der Landwirtschaft ablehnt und gleichzeitig den Freihandel in allen anderen Bereichen preist, war sehr schwierig zu verteidigen. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz brachte dieses Dilemma vor dem Nationalrat auf den Punkt (BO CN 1987:89):

"Wenn auf der einen Seite ausser Diskussion steht, unsere Landwirtschaftspolitik und die Bedeutung dieser Politik in unserer Volkswirtschaft zu verraten, so scheint es uns auf der anderen Seite unmöglich zu sein, den Agrarsektor willkürlich von den GATT-Verhandlungen auszunehmen. Wenn wir daran festhalten, so machen wir uns wortwörtlich zu Gefangenen in den 13, 14 oder 15 anderen Bereichen der Verhandlung."

Ein solcher Ausgang wäre jedoch auch von den exportorientierten Wirtschaftskreisen, vertreten durch den Vorort, angefochten worden. Diese Kreise zeigten sich schnell angetan von einem Erfolg der Uruguay-Runde.

¹⁴ Um diese Haltung zu rechtfertigen, verwiesen sie insbesondere auf den relativ tiefen Selbstversorgungsgrad der Schweiz, auf die negative Handelsbilanz im Agrarbereich und auf die Tatsache, dass die Schweiz nicht für die Verzerrungen auf den internationalen Agrarmärkten verantwortlich sei. Dies um so weniger, als sie ja der einheimischen Produktion mengenmässige Beschränkungen auferlegt habe (insbesondere mit der Milchkontingentierung). Sie lehnten es auch ab, in die Debatte um eine Reduktion der Stützung der Landwirtschaft einzusteigen, bevor Verhandlungen über die Welthandelsregeln aufgenommen worden sind.

Nach dem Aufbruch der Blockade der Uruguay-Runde im April 1989 in Genf, hat sich die Schweiz offiziell entschieden, auf ihre Strategie der "wachsamen Reserve" zu verzichten und aktiv an den Verhandlungen teilzunehmen (BLW 1991:5). Diese Entscheidung, welche die Hypothese einer grösseren Flexibilität bestätigte, führte zur Einsetzung der "Arbeitsgruppe GATT-Landwirtschaft" (die sogenannte "Kommission Piot"). Sie setzte sich zusammen aus den wichtigsten Akteuren der Wirtschaft (namentlich SBV, Vorort und ZVSM) und der betroffenen Ämter (BLW, BAWI, Finanzdepartement, Eidg. Getreideverwaltung). Diese Kommission hatte den Auftrag, die Auswirkungen der GATT-Verhandlungen auf die schweizerische Landwirtschaftspolitik zu analysieren und Vorschläge zu unterbreiten zuhanden der schweizerischen Verhandlungsdelegation beim GATT, insbesondere bezüglich Grenzschutzmassnahmen, Exportsubventionen und Preispolitik. Die Kommission Piot war jedoch nicht in der Lage, das ihr aufgetragene Mandat zu erfüllen.¹⁵ Dies erklärt sich vor allem aus der Strategie des Abblockens, welche von den landwirtschaftlichen Kreisen verfolgt wurde. Diese legten ihr Veto bei allen Vorschlägen zur Liberalisierung ein und forderten die Weiterführung einer unabhängigen Landwirtschaftspolitik. Kurz bevor die Schweiz ihre Offerte in Hinblick auf die - vermeintliche - Schlussphase der Verhandlungen im Herbst 1990 beim GATT hinterlegen sollte, kam die Schweiz in Zeitnot: 18 Monate nachdem sie der Verhandlung einer Reduktion der internen Stützung und der Importbeschränkungen zugestimmt hatte, war intern noch kein Konsens bezüglich der Ausmasse der Reduktion abzusehen.

In dieser Phase, die man als "Nicht-Anpassung" bezeichnen könnte, erwies sich das politische System der Schweiz als unfähig, auf die Herausforderungen der GATT-Verhandlungen zu antworten. Obwohl die Veränderungen im politischen Machtgefüge bedeutend waren - wie im vorherigen Abschnitt dargelegt - genügten sie noch nicht. Das politische Netzwerk zeigte sich ausserstande, glaubwürdige Verhandlungsvorschläge zuhanden des GATT zu formulieren und die Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik auszulösen.

¹⁵ Dies wird klar ersichtlich aus der Analyse der Vorschläge, welche aus dieser Kommission hervorgegangen sind und ebenso durch die Beurteilung durch die Spitzenkräfte der Agrarpolitik (SCIARINI 1994: 270-273).

b) Blick hinter die Kulissen der schweizerischen Offerte 1990

Die Reaktivierung des politischen Systems wurde eingeleitet durch die verstärkte Intervention der staatlichen Behörden. Weil er zu spät die Reform der Landwirtschaftspolitik an die Hand genommen hatte, stand jetzt der Bundesrat "mit dem Rücken zur Wand". Durch den Anstoss des BAWI hat der Chef des Volkswirtschaftsdepartements eine Strategie ausgearbeitet, mit der er zwei Fliegen auf einen Schlag erledigen konnte: die schweizerische Offerte beim GATT ausarbeiten und eine neue Landwirtschaftspolitik im Rahmen des 7. Landwirtschaftsberichtes vorbereiten. Er teilt diese Strategie dem Nationalrat mit (BO CN 1990: 1707):

"Es wäre unverständlich, eine Agrarofferte zu unterbreiten, welche sich morgen, wenn wir den 7. Landwirtschaftsbericht diskutieren, als völlig überholt erweisen würde. Daher kommt die Notwendigkeit, eine logische Beziehung zwischen den beiden zu schaffen."

Zu Beginn des Sommers 1990 bittet Bundesrat Delamuraz den damaligen Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, Piot, einen Bericht in diesem Sinne auszuarbeiten. Um das Veto der landwirtschaftlichen Kreise zu umgehen, vereinigte dieser auf informelle Art eine kleine Gruppe von reformwilligen Personen aus der Bundesverwaltung und dem Landwirtschaftssektor. Der Bericht dieser kleinen Gruppe wurde durch den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements als ungenügend zurückgewiesen. Er beauftragte in der Folge einige Beamten mit der quantitativen Abschätzung der Auswirkungen von verschiedenen Szenarien zur Reduktion der Stützung (Absenken der Preise und der produzierten Menge) auf die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe und zwar mit und ohne kompensatorische Direktzahlungen.¹⁶ Mit Hilfe der Verhandlungsdelegation beim GATT konnte diese Gruppe von Beamten einen dritten Bericht zusammenstellen, der als Basis für die Offerte diente, welche die Schweiz im Oktober beim GATT hinterlegte.¹⁷ Als der Bericht der Kommission Piot vorgestellt wurde, traf der Vorschlag auf "ernste Bedenken bezüglich seines Inhalts" von Seiten der

¹⁶ Piot seinerseits hat den Vizedirektor des SBV gebeten, einige Szenarios zu rechnen. Diese Studie unterschied sich von derjenigen der Beamtengruppe, weil sie kein Szenario mit einer Reduktion der produzierten Menge mehr vorsah. Dieses Weglassen geschah nicht ohne Absicht: Die Aufrechterhaltung des Produktionsvolumens wurde zum Leitmotiv des SBV. Diese Studie ist im Anhang zum Bericht der Kommission Piot zu finden (BLW 1991).

¹⁷ Er diente ebenfalls zur Beantwortung von drei dringlichen Interpellationen, welche im September 1990 im Nationalrat beantragt wurden.

Vertreter der Landwirtschaft (BLW 1991:8), aber er wurde dessen ungeachtet vom Bundesrat gutgeheissen.

Die Hinterlegung der schweizerischen Offerte beim GATT im Oktober 1990 markiert einen Wendepunkt im Prozess. Obwohl noch bescheiden, legte diese Offerte die Schweiz auf einen Reformkurs¹⁸ sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene fest.

3.3 Das GATT als Auslöser der Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik

a) Die Intervention der staatlichen Akteure

Der Schlüssel zur späten Reaktion des schweizerischen politischen Systems liegt bei der verstärkten Intervention der öffentlichen Akteure, inklusive Bundesrat. Bei diesem liegt die Schuld, nicht schon vor den Verhandlungen der Uruguay-Runde die Reform der Landwirtschaftspolitik eingeleitet zu haben. So war der Bundesrat endlich im Sommer 1990 unter dem Druck, eine Verhandlungsofferte beim GATT hinterlegen zu müssen, gezwungen, die Rolle des Schiedsrichters zwischen den "Konservativen" (SBV, BLW) und den "Reformisten" (BAWI, Vorort) zu übernehmen.

Um die Vetomacht der landwirtschaftlichen Akteure zu überwinden, sind die verantwortlichen staatlichen Akteure (allen voran der Chef des EVD) auf die Mechanismen der Konzertation ausgewichen. Sie haben - vorübergehend - die konservativsten landwirtschaftlichen Akteure von den vorbereitenden Arbeiten der informellen Untergruppe ausgeschlossen und sind bei der Formulierung und Hinterlegung der GATT-Offerte über die Opposition der landwirtschaftlichen Kreise hinweggegangen.

Die Strategie der staatlichen Akteure war gleichzeitig nötig und möglich durch die GATT-Verhandlungen. Auf der einen Seite verstärkte dieses Vorgehen die Autonomie der staatlichen Akteure, insbesondere derjenigen, welche eine Liberalisierung befürworteten (BAWI) und denen schon lange klar war, dass die schweizerische Landwirtschaftspolitik nicht verhandlungsfähig war. In dieser Phase hat das

¹⁸ Die Schweiz sah eine Reduktion der internen Stützung um 20% über 10 Jahre und eine Reduktion der Exportsubventionen um 30% vor. Für einige Produkte wurde die Aufrechterhaltung von quantitativen Einfuhrbeschränkungen gefordert. Diese Offerte ging bei weitem nicht so weit wie diejenige der Europäischen Union, welche ihrerseits weit unter dem amerikanischen Vorschlag lag.

BAWI das BLW ersetzt, welches seinerseits gefangen war in seinen traditionell engen Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Akteuren, und hat sich die politische Führerschaft im internen Politiknetzwerk gesichert. Auf der anderen Seite konnte sich das schweizerische politische System nicht mit einer Minimallösung begnügen, wie sie wahrscheinlich aus einem internen Gesetzgebungsprozess hervorgegangen wäre: die Schweiz war gezwungen, Konzessionen im Agrarbereich einzugehen, um nicht ihre Interessen in den anderen Bereichen der Verhandlung aufs Spiel zu setzen. Die internationalen Zwänge waren stärker als der interne Widerstand.

Obwohl es spät erfolgte, erwies sich das Eingreifen des Bundesrates als entscheidend. Es stand am Anfang sowohl der Niederlegung der schweizerischen Offerte beim GATT als auch der Reform der Landwirtschaftspolitik. Im nachhinein lässt sich bestätigen, dass die verantwortlichen Behörden - allen voran das BAWI, aber auch der Bundesrat - diskret unterstützt durch den Vorort, dieses "Spiel auf zwei Ebenen" (PUTNAM 1988) genutzt haben, um die notwendige Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik durchzubringen. Der willkommene externe Auslöser waren die GATT-Verhandlungen. Kein Akteur getraute sich, diese Strategie auch öffentlich zuzugeben. Vor dem Parlament hat zum Beispiel der Chef des EVD nur halbherzig den Beitrag des GATT anerkannt:

"Wir selber müssen heute eine Reform unserer Landwirtschaftspolitik an die Hand nehmen (...) Es ist nicht so, dass das GATT irgendeinen Druck ausüben könnte - obwohl wir ohne GATT vielleicht nicht sehr aktiv geworden wären -, sondern wir selber müssen diese auf lange Sicht für die Landwirtschaft heilsamen und unabdingbaren Veränderungen in Angriff nehmen." (BO CN 1990: 1709-1710)

Nach meinen Untersuchungen war der Chef des EVD hinter den Kulissen sehr viel direkter und soll verschiedentlich gesagt haben: "Was würden wir nur ohne GATT machen?". Mit der Zeit haben sich die hohen Beamten erlaubt, den Beitrag der GATT-Verhandlungen auch offener anzusprechen:

" (...) brauchen wir einen erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde, um bei uns in der Schweiz den Reformgeist in der Industrie und vor allem im Landwirtschaftsbereich zu stärken" (BLANKART 1993:11).

b) Anpassungsphase: Die Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik

Die Reaktion des politischen Systems der Schweiz wurde in den letzten Verhandlungsjahren der Uruguay-Runde bestätigt. Gegen aussen hat die Schweiz eine konstruktivere Rolle in den Agrarverhandlungen - welche sich bis 1993 hinauszogen - eingenommen und dabei unbestreitbar einige diplomatische Erfolge im Bereich der Regeln (Anerkennung der Multifunktionalität der Landwirtschaft, "Green Box", Schutzklausel) erzielt. Aber das Schwergewicht lag nun wieder auf der nationalen Ebene mit der Reorientierung der schweizerischen Agrarpolitik, konform zu den Anforderungen des GATT. Mit dem 7. Landwirtschaftsbericht (Bundesrat 1992) ins Programm aufgenommen, greift diese Reform mit der angekündigten Entkopplung der Preis- und Einkommenspolitik an den harten Kern der bisherigen Agrarpolitik. Ihre erste Konkretisierung erfolgte mit der Einführung von einkommensergänzenden Direktzahlungen bzw. den Direktzahlungen für besondere ökologische Leistungen (Art. 31 a und b des Landwirtschaftsgesetzes).

In dieser Phase, die man als "Adaption" bezeichnen könnte, kommt es zu einer grossen Konvergenz zwischen den Zwängen von aussen (GATT, Einkaufstourismus, Annäherung an die EU) und von innen (Forderung nach einer umweltfreundlichen Agrarproduktion, gesättigte Märkte, Budgetschwierigkeiten, Preisniveau), was den "Lernprozess" der staatlichen Akteure begünstigt hat. In einer ersten Phase war der Lerneffekt bei den landwirtschaftlichen Kreisen - dem SBV im besonderen - vor allem instrumenteller Natur: Ihre Akzeptanz der Direktzahlungen war vorwiegend mit dem Wunsch begründet, einen Einbruch der bäuerlichen Einkommen zu verhindern und nicht mit dem Willen zu Veränderung der Landwirtschaftspolitik. Dennoch sicherte die Machtkonfiguration im politischen Netzwerk die "Diffusion der Innovation": geschwächt wie sie waren, mussten die landwirtschaftlichen Kreise "lernen" und die Reform der Landwirtschaftspolitik akzeptieren. Mit der Zeit waren sie selber zunehmend überzeugt von der Richtigkeit dieser Reform und haben sie ermutigt (SCIARINI 1994: 315-318, 343).

4. Schlussfolgerungen

Ausgehend vom Machtgefüge, welches traditionellerweise die Agrarpolitik in der Schweiz charakterisierte, konnte allein ein starker Druck von aussen, wie er durch die GATT-Verhandlungen ausgelöst wurde, dem politischen System die nötige Effizienz für eine grossangelegte Reform geben. In einer ersten Phase, als "Nichtanpassung" zu bezeichnen, war die beobachtbare Änderung der Machtkonfiguration gegenüber dem politischen Netzwerk der internen Agrarpolitik noch nicht genügend, um eine adäquate Antwort auf die Anforderungen der GATT-Verhandlungen zu geben. Zu dieser Zeit verfügten die landwirtschaftlichen Akteure noch über eine Vetomacht zu den Reformvorschlägen; und sie unterliessen es nicht, diese Vetomacht in verschiedenen Ansätzen von Konzertation auch auszuüben.¹⁹ Aber die äusseren Zwänge haben es den staatlichen Akteuren erlaubt, die Konzertation zu umgehen und innovative Lösungen einzuführen. In einer zweiten Phase, jener der "Anpassung", hat der anhaltende Druck von aussen zu Veränderungen den Lernprozess bei den Akteuren begünstigt und die Akzeptanz einer Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik erhöht.

Nach Abschluss der Uruguay-Runde am 15. Dezember 1993 in Genf, hat sich die Debatte mit der Ratifizierung der GATT-Vereinbarungen und der damit verbundenen Gesetzesänderungen wieder auf die nationale Eben verlagert.

Erst spät wurden sich die landwirtschaftlichen Kreise der Grenzen ihrer Obstruktionsstrategie bewusst. Dann aber machten sie sich so weit als möglich die Taktik zunutze, die Zustimmung zu den GATT-Vereinbarungen von kompensatorischen Massnahmen abhängig zu machen. Im Übrigen zerbrach die bäuerliche Solidarität rasch am Referendum, welches vom Komitee "GATT vor das Volk" lanciert wurde. Weil die 50'000 benötigten Unterschriften nicht zustandekamen, war keine Volksabstimmung zur Ratifizierung der GATT-Vereinbarungen nötig. Selbst wenn das Referendum zustandegekommen wäre, sprechen gute Gründe dafür, dass der "Lernprozess" bei den Führungskräften in Verwaltung, Wirtschaft und Politik auch durch ein

¹⁹ In der Kommission Piot sowie in der Kommission Popp, welche den Auftrag hatte, den Ausbau der einkommensergänzenden Direktzahlungen (Art. 31 a Landwirtschaftsgesetz) und der Zahlungen für besondere ökologische Leistungen (Art. 31 b LwG) vorzubereiten. (Siehe dazu SCIARINI 1994: 307-312)

Volks-Nein nicht hätte bedrängt werden können.²⁰ Indem es den Verfassungsartikel zur Landwirtschaft am 12. März 1995 abgelehnt hat, hat das Schweizer Volk vielmehr seine Präferenz für eine Landwirtschaftspolitik gezeigt, die gleichzeitig liberaler und umweltfreundlicher ist, also für eine Beschleunigung der Reform der schweizerischen Landwirtschaftspolitik (SCIARINI ET AL. 1995). Die Bundesbehörden haben ihre Lehren daraus gezogen und beschlossen ein zweites Bündel von Anpassungsmassnahmen bis zum Jahr 2002 umzusetzen (BUNDESRAT 1995). In diesem speziellen Fall war die direkte Demokratie also keine Innovationsbremse, sondern im Gegenteil ein Faktor zu Veränderungen, welcher gewissermassen den Druck von aussen aufnahm, um die Reorientierung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik zu stimulieren.²¹

²⁰ Dies ist jedenfalls, was die Meinungsumfragen zu diesem Thema ergeben: Im November 1994 waren fast zwei Drittel der Schweizer für eine Ratifizierung der GATT-Vereinbarungen und für einen Beitritt der Schweiz zum WTO, weniger als eine Person auf zehn war dagegen: jede vierte Person war noch unentschieden. Zudem stieg die Zahl der Befürworter in Laufe des Jahres 1994 kontinuierlich an (GATT/WTO-Barometer, Meinungsumfragen durchgeführt durch das Institut GfS im Auftrag der Wirtschaftsförderung)

²¹ Es muss jetzt natürlich das Votum vom 9. Juni abgewartet werden. An diesem Tag wird über den neuen Verfassungsartikel zur Landwirtschaft abgestimmt. Dieser Text ist ein Gegenvorschlag zur Initiative "Bauern und Konsumenten", welche unterdessen zurückgezogen wurde, und stellt einen Kompromiss zwischen ökologischen und landwirtschaftlichen Interessen dar.

Literaturverzeichnis

- Blankart, Franz 1993. "Strategische Gedanken zur Aussenwirtschaft." Thun, Vortrag gehalten an der 21. ordentlichen Generalversammlung der Handelskammer Finnland-Schweiz, 26. Mai.
- Borgatti, Steve, Everett, Martin and Lin Freeman 1992. *UCINET IV Version 1.00. Reference manual*. Columbia: Analytic Technologies.
- Bundesrat 1992. Siebter Landwirtschaftsbericht. Bern: Rapport du 27 janvier.
- Bundesrat 1995. *Agrarpolitik 2002*. Bern.
- Burt, Ronald S. 1991. *STRUCTURE Version 4.2. Reference Manual*. New York: Columbia University.
- Dupont, Cédric et Pascal Sciarini (1995). "La négociation agricole Etats-Unis - Communauté européenne dans l'Uruguay Round: une difficile convergence". *Revue suisse de science politique* 1(2-3): 305-352.
- Halbherr, Philip und Alfred Müdespacher 1985. *Agrarpolitik - Interessenpolitik?* Bern: Haupt.
- Jörin, Robert und Peter Rieder 1985. *Parastaatliche Organisationen im Agrarsektor*. Berne/Stuttgart: Haupt.
- Knoke, David and James H. Kuklinski 1982. *Network Analysis*. Beverly Hills/London: Sage (Quantitative Applications in the Social Sciences).
- Kriesi, Hanspeter 1980. *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Laumann, Edward O. and David Knoke 1987. *The Organizational State. Social Choice in National Policy Domains*. Madison: The University of Wisconsin Press.
- Linder, Wolf 1987. *La décision politique en Suisse*. Lausanne: Réalités sociales.
- OFAG/BLW 1991. *Rapport du groupe de travail GATT-agriculture (Commission Piot)*. Berne.
- Putnam, Robert D. 1988. "Diplomacy and domestic politics: the logic of two level games." *International Organization* 42 (3): 427-460.
- Rüegg, Erwin 1987. *Neokorporatismus in der Schweiz. Landwirtschaftspolitik*. Zürich: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft (Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft Nr 249).
- Schneider, Volker 1988. *Politiknetzwerke der Chemikalienkontrolle*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Sciarini, Pascal 1994. *La Suisse face à la Communauté européenne et au GATT. Le cas test de la politique agricole*. Genève: Georg.
- Sciarini, Pascal 1995. "Réseau politique interne et négociations internationales: le GATT, levier de la réforme agricole suisse". *Revue suisse de science politique* 1(2-3): 225-252.

- Sciarini, Pascal 1996. "Elaboration of the Swiss Agricultural Policy for the GATT Negotiations. A Network Analysis". *Swiss Journal of Sociology* 22(1): 85-115.
- Sciarini, Pascal et Madeleine von Holzen 1995. *Gatt - Europe. La Suisse face à ses paysans*. Genève: Georg.
- Sciarini, Pascal, Marquis, Lionel et Boris Wernli 1995. Analyse des votations fédérales du 12 mars 1995. Berne/Genève: GfS-Forschungsinstitut/Département de science politique.
- Scott, John 1991. *Social Network Analysis. A Handbook*. Beverly Hills: Sage Publications.
- Sommaruga, Cornelio 1986. *La Suisse face au nouveau Round de négociations du GATT*. Fribourg: Ed. Universitaires.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Pascal Sciarini
Departement für Politische Wissenschaft
Universität Genf
102, Bd Carl-Vogt
1211 Genève 4
e-mail: sciarini@ibm.unige.ch

Der vorliegende Artikel wurde auf Wunsch des Autors vom Französischen übersetzt durch Sibyl Anwander Phan-huy.